

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Terroristisches Personenpotenzial im Bereich des Islamismus in Stuttgart

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Personen in Stuttgart wurden seit 2020 bis zum Stichtag 1. Juni 2024 im Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität im Bereich „Religiöse Ideologie“ als Gefährder bzw. relevante Personen eingestuft (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren sowie nach Gefährdern und relevanten Personen)?
2. Wie viele der in Frage 1 genannten Personen ließen sich im selben Zeitraum dem Salafismus (einschließlich Jihadismus), der „Muslimbruderschaft“, der „Milli-Görus-Bewegung“, der „Hizb Allah“ sowie sonstigen Unterströmungen zuordnen?
3. Wie viele der in Frage 1 genannten Personen befinden sich derzeit in einem laufenden Asylverfahren oder haben eine befristete Aufenthaltsgenehmigung (bitte aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern)?
4. Wie viele der in Frage 1 genannten Personen sind derzeit ausreisepflichtig (bitte aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern)?
5. Für wie viele der in Frage 1 genannten Personen liegt zum Stichtag 1. Juni 2024 eine Risikobewertung nach RADAR-iTE vor (aufgeschlüsselt nach Gefährdern und Relevanten Personen sowie Höhe des Risikos)?
6. Falls zutreffend: Aus welchen Gründen liegt für die übrigen Gefährder bzw. relevanten Personen derzeit (noch) keine Risikobewertung vor?
7. Inwiefern stellt sie eine gesteigerte abstrakte Gefährdungslage im Bereich des islamistischen Terrorismus in Stuttgart fest?
8. Wie hoch schätzt sie die Gefahr von Anschlägen durch radikalisierte Einzeltäter ohne direkte Organisationsanbindung ein?
9. Welche Maßnahmen plant sie, um die Gefährdung durch islamistischen Terror in Stuttgart einzudämmen?

05.06.2024

Friedrich Haag FDP/DVP

Begründung

Bei einem Messerangriff eines afghanischen 25-Jährigen am 31. Mai 2024 auf den Mannheimer Marktplatz wurden sechs Personen teils lebensgefährlich verletzt. Ein 29-jähriger Polizist wurde dabei tödlich verletzt. Die Umstände der Tat legen einen politisch bzw. religiös motivierten Hintergrund nahe. Die Kleine Anfrage soll abfragen, wie sich die Gefährdungslage durch Islamismus und Terrorismus in der Landeshauptstadt Stuttgart darstellt.